A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 83 Dienstag, den 12. Juli 1932. 45. Jahrgang

Die Vertragsunterzeichnung

Feierliche Schlußsitzung in Lausanne. — MacDonalds Rede.

Lausanne, 10. Juli.

Nach 23 harten Kampftagen fand in dem großen Kuppelsaale des Hotels Beau Rivage am Sonnabendvormittag die feierliche Schlußsitzung der Reparationskonferenz statt. Wieder füllten, in dichten Reihen gedrängt, die Delegierten, die Presse und ein zahlreiches Publikum den Saal, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Sämtliche Delegationen nahmen der Reihenfolge nach an dem großen viereckigen mit grünem Tuch bedeckten Tisch Platz.

Die Sitzung begann mit einer gleichlautenden Erklärung der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, derzufolge die Regelung der interalliierten Schulden vom Tage des Abschlusses der Konferenz an bis zu der endgültigen Ratifizierung des Lausanner Abkommens hinausgeschoben wird, um diesen Mächten die Möglichkeit zu geben, in der Zwischenzeit eine endgültige Regelung der gesamten Kriegsschulden mit der amerikanischen Regierung herbeizuführen.

Unter lautloser Stille des Saales begann sodann die feierliche Unterzeichnung des

„Aktes von Lausanne"

durch die sechs einladenden Mächte England, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien und Japan. Als erster unterschrieb mit einer goldenen Feder der englische Ministerpräsident MacDonald, dann die weiteren Gläubigermächte und zum Schluß Deutschland, da der Vertrag zwischen den fünf Gläubigermächten auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite abgeschlossen wird.

Um 10.35 Uhr unterzeichnete der Reichskanzler von Papen, der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Namen der deutschen Regierung das Lausanner Abkommen der fünf Gläubigermächte mit Deutschland, in dem das Reparationssystem des Versailler Vertrages und des Youngplanes endgültig beseitigt wird.

Der Lausanner Vertrag enthält eine politische Klausel, die zu finden außerordentlich schwierig war. Es war schwer, in diesen politischen Fragen allen Genüge zu tun. Aber es ist kein Frieden und keine Sicherheit denkbar, ohne den ehrlichen Willen zu freundschaftlicher Zusammenarbeit.

Die entscheidende Frage erhebt sich jetzt, wie in den Genfer Abrüstungsarbeiten in baldiger Zeit ein voller Erfolg erzielt werden kann. Die bisherige Verschwendung der nationalen Reichtümer für die Rüstungen muß endlich aufhören.

Die moralische Abrüstung ist ebenso notwendig wie die materielle Abrüstung. Hierbei handelt es sich nicht nur um England und Frankreich, sondern um alle Mächte, die an diesen Arbeiten teilnehmen.

Die weiteren Arbeiten an der Lösung der großen internationalen Fragen können jedoch nicht allein auf Europa beschränkt werden, sondern müssen im Rahmen der gesamten Weltinteressen gefunden werden. Europa kann sich nicht mehr allein hinter Barrikaden verschließen. Der Zusammenhang der Interessen aller Völker ist heute offensichtlich.

Die Lösung der großen politischen und finanziellen Fragen muß die früheren Gedanken des Krieges verschwinden lassen. An deren Stelle muß jetzt der Gedanke der Zusammenarbeit treten. Für die endgültige Beseitigung der Reparationen ist nunmehr die Grundlage gefunden worden. Aber dieses jetzt erreichte Ziel genügt nicht, wenn sich nicht die Gesinnung der Herzen ändert. Der Geist der Freundschaft und der Zusammenarbeit muß jetzt an die Stelle der bisherigen Geistesverfassung treten."

Der Vertrag von Lausanne

Lausanne, 9. Juli.

Das umfangreiche Vertragswerk von Lausanne ist nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben worden. Es besteht zunächst aus einer allgemeinen geschichtlichen Darstellung der Vorgänge, die zur Einberufung der Konferenz geführt haben.

Der Vertragstext besteht 1. aus dem Reparationsabkommen mit Deutschland, 2. aus den Uebergangsmaßnahmen betreffs Deutschland, 3. den osteuropäischen Reparationen, 4. der wirtschaftlichen Entschließung über Ost- und Mitteleuropa, 5. der Entschließung über die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Das Reparationsabkommen mit Deutschland

beginnt mit einer Präambel, in der die Regierungen von England, Belgien, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Frankreich, Griechenland, Japan, Polen, Portugal, Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien und Deutschland feststellen, daß die Rechtsgültigkeit der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 nicht zur Verhandlung stehe, jedoch im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Krisen und Schwierigkeiten und, von dem Wunsche geleitet, das notwendige Vertrauen für die normalen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu sichern, die unterzeichneten Mächte ein Uebereinkommen getroffen haben, das im wesentlichen folgendes besagt:

„Die unterzeichneten Staaten des gegenwärtigen Abkommens sind in Lausanne zusammengetreten, um eines der Probleme des Weltkrieges mit dem ehrlichen Wunsche zu regeln, zur Bildung einer neuen Ordnung beizutragen, die die Schaffung und Entwicklung des Vertrauens zwischen den Völkern im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit fördert. Die Mächte sind nicht der Ansicht, daß das in Lausanne geschaffene Werk, das vollständig den Reparationen ein Ende bereitet, genügt, um den Frieden zu erreichen, den die Völker wünschen. Jedoch hoffen sie, daß diese Erkenntnisse in sich selbst so bedeutend sind und so große Bemühungen notwendig gemacht haben, daß sie von allen friedliebenden Elementen Europas und der Welt verstanden und richtig geschätzt werden und daß neue Werke folgen werden. Diese Daten werden um so leichter durchzuführen sein, als die Völker diesen neuen Schritt zu einem wahren Frieden unterstützen, der, um vollständig zu sein, sich gleichmäßig auf die wirtschaftliche und politische Ordnung beziehen muß, wie sie auch jeden Appell zu Gewalt oder zu den Waffen zurückweisen. Die Unterzeichnermächte des gegenwärtigen Abkommens werden sich daher bemühen, die gegenwärtig gestellten Probleme oder diejenigen Probleme, die später gestellt werden, in dem gleichen Geiste zu lösen, der dieses Abkommen beseelt."

Das Lausanner Abkommen besagt im wesentlichen:

Die deutsche Regierung übergibt der BIZ. die Schuldverschreibungen der deutschen Regierung zu 5 v. H. für einen Gesamtbetrag von drei Milliarden Goldmark auf der Grundlage der gegenwärtigen Währung unter folgenden Bedingungen: Die BIZ. übernimmt die Schuldverschreibungen als Treuhänderin. Die Schuldverschreibungen können von der BIZ. erst nach Ablauf einer Periode von drei Jahren von dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens begeben werden. 15 Jahre (12 Jahre nach der Sperrfrist) nach der Unterzeichnung werden diejenigen Schuldverschreibungen, die bisher von der BIZ. nicht untergebracht sind, annulliert.

Die Schuldverschreibungen tragen einen Zinssatz von 5 v. H. und 1 v. H. Amortisierung vom Datum der Emission ab. Sie sind von allen gegenwärtigen und künftigen deutschen Steuern befreit.

Im Falle, daß irgendwelche Anleihen von der deutschen Regierung im Auslande mit oder ohne ihre Garantie aufgelegt werden, wird die deutsche Regierung bis zu einer Höhe von einem Drittel des Nettoeinkommen dieser Anleihen zum Rückkauf der im Besitz der BIZ. befindlichen Schuldverschreibungen verwenden. Die Höhe des Rückkaufes muß derart sein, daß der Nettobetrag der zurückgekauften Schuldverschreibungen der gleiche ist wie der Nettobetrag der gegebenen Anleihe. Durch diese Bestimmungen werden jedoch nicht Vorschüsse berührt, die für die gleiche Zeit oder weniger als ein Jahr gegeben werden.

Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an beendet und ersetzt das vorliegende Abkommen das Reparationssystem des Haager Abkommens vom 20. Januar 1930, des Londoner Abkommens vom 11. August 1931 und des Berliner Abkommens vom 6. Juni 1932. Die Verpflichtungen dieses vorliegenden Abkommens ersetzen vollständig die vorgerzehenden Verpflichtungen Deutschlands, die in den Jahreszahlungen des „Neuen Planes" zusammengefaßt waren.

Artikel V besagt: Das Schuldzertifikat der deutschen Regierung und das Zertifikat der Reichsbahngesellschaft, die beide in Artikel 8 des Haager Abkommens und der Anlage 3 und 4 behandelt sind sowie in den hierin beigefügten Koupons, werden entsprechend der deutschen Regierung und der Reichsbahngesellschaft zurückerstattet.

Die Signatarstaaten erklären im Artikel VII, daß nichts in dem gegenwärtigen Abkommen herabsetzt oder ändert die Rechte der Inhaber der Obligationen der auswärtigen deutschen Anleihe von 1924 oder der internationalen 5½prozentigen Anleihe der deutschen Regierung (Dawes-Anleihe und Young-Anleihe). Jede notwendige Aeußerung des Verfahrens aus den Verpflichtungen der deutschen Regierung, die die Auslandsanleihe von 1924 und die internationale 5½prozentige Anleihe der deutschen Regierung von 1930 betreffen, wird Gegenstand eines Abkommens zwischen der deutschen Regierung und der BIZ. sein. Die BIZ. ist hierbei der Finanzagent und Treuhänder der deutschen Auslandsanleihe von 1924 und Treuhänder der 5½prozentigen internationalen Anleihe der deutschen Regierung.

Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an wird nach Artikel VII das Abkommen durch Vermittlung der französischen Regierung der BIZ. notifiziert werden, um damit die Anwendung der darin vorgesehenen Bestimmungen, soweit sie die BIZ. betreffen, zu ermöglichen. Die französische Regierung wird gleichfalls der BIZ. im Hinblick auf deren Statuten notifizieren, daß der „Neue Plan" außer Kraft getreten ist.

Jede Meinungsverschiedenheit, sei es zwischen den Signatarmächten des gegenwärtigen Abkommens, sei es zwischen einem oder mehreren unter ihnen einerseits und der BIZ. andererseits, wird Gegenstand einer Auslegung oder einer Anwendung des gegenwärtigen Abkommens durch ein Schiedsgericht sein, das auf der Grundlage des Artikels 4 des Haager Abkommens in Deutschland gebildet wird. Jegliche hierfür geeigneten Bestimmungen des Anneges 12 dieses Abkommens werden hierbei angewandt.

Das gegenwärtige Abkommen, dessen französischer und englischer Text gleichmäßig Gesetzeskraft hat, wird nach Artikel X ratifiziert. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden erfolgt in Paris. Sobald das gegenwärtige Abkommen von den Regierungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands, Irlands, Italiens und Japans ratifiziert ist, tritt es zwischen den Regierungen in Kraft.

Unterzeichnet ist das Abkommen in Lausanne, den 9. Juli 1932, auf einem einzigen Exemplar, das in dem Archiv der Französischen Republik niedergelegt wird, die ihrerseits eine beglaubigte Kopie sämtlichen übrigen Signatarstaaten übermittelt.

Der Weg zur Freiheit

Kanzlerrede über Lausanne. — Deutschland ab Juli von Reparationen befreit. — Souveränität über Reichsbank und Reichsbahn zurückgewonnen.

Lausanne, 9. Juli.

Reichskanzler von Papen sprach am Freitagabend im Rundfunk über das Ergebnis der Lausanner Konferenz. Er führte im wesentlichen aus:

In dieser historischen Stunde ist für Parteipolitik kein Raum, denn je größer das zu behandelnde Problem ist, um so freier und um so höher muß der Standpunkt sein, von dem aus man an die Lösung einer schweren Aufgabe herantritt. In Lausanne ging es um nicht mehr und nicht weniger als um das Schicksal des deutschen Volkes und mit ihm um die Zukunft der abendländischen Welt. Ich habe gearbeitet im bestem Bewußtsein eines geschlossenen und starken Willens der deutschen Einheit, in dem Bewußtsein, Führer meines Volkes zu sein, das um seine wirtschaftliche und nationale Freiheit einen siegreichen Kampf zu führen hatte.

Unsere Aufgabe war, die Vergangenheit zu liquidieren und für die Zukunft das deutsche Volk von dem ungeheuren Druck zu befreien, der jede wirtschaftliche Tätigkeit lähmte und einen Kampf aller gegen alle zu beenden. Es galt, die Lebensgrundlagen zu schaffen, die der Nation den kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichten. Die Welt war sich seit langem darüber klargeworden, daß jeder konstruktive Gedanke für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen unter den Völkern Europas und der Welt so lange nicht zu verwirklichen sein würde, solange irgendwelche destruktiven Formen fortbeständen.

Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt erforderte die restlose Beseitigung der Reparationszahlungen. Darüber hinaus galt es aber auch, einen Weg zu suchen, der das Vertrauen der Völker auch von den Schlacken befreite, die in ihren Folgen schwere und unerträgliche wirtschaftliche Lasten für Deutschland bedeuteten. Für die Wiederherstellung eines solchen Vertrauens in der weitesten Form waren wir bereit, eine allerletzte Kraftanstrengung zu machen.

Für diese Ziele haben wir über drei Wochen lang schwer gekämpft, wir sind hart und unnachgiebig geblieben, weil wir die große Not in Deutschland kannten, weil wir von dem langen Hoffen so vieler Arbeitsloser wußten, weil wir die Verantwortung fühlten für die 65 Millionen Menschen und weil wir uns darüber klar waren, daß jedes Abweichen von unserer Linie Deutschland und die Welt nur noch tiefer in das Unglück führen würde.

Schwerste Krisen waren in Lausanne zu überstehen. Oft schien kaum ein Ausweg möglich. Die Folgen eines Scheiterns dieser Konferenz aber wären eine völlige und hoffnungslose Zerstörung des letzten Vertrauens in den gesunden Sinn der Staatsmänner gewesen. Diese Folgen waren aber so groß und so unübersehbar, daß immer wieder zerrissene Fäden neu geknüpft werden mußten.

An dieser Stelle meiner Ausführungen habe ich das Bedürfnis, der Heimat den Dank der deutschen Regierung auszusprechen. Das mustergültige Verhalten des gesamten deutschen Volkes in diesen schweren Wochen hat uns die Kraft und den Mut gegeben, unverzagt unser Ziel zu verfolgen. Vor der Betrachtung des Lausanner Ergebnisses noch eine kurze Betrachtung der Folgen eines möglichen Scheiterns der Konferenz.

Der Abbruch dieser Konferenz würde jeden Aufschwung in Deutschland unmöglich gemacht haben. Es bestand die Gefahr, eines weiteren Niederganges des deutschen Wirtschaftslebens und weiter steigender Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren Folgen, insbesondere finanziellen Folgen für das Deutsche Reich, für die Länder und für die Gemeinden. Die sich ergebenden innerpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten würden Deutschland in den Abgrund stoßen und das Scheitern den Ring der Siegermächte wieder um uns geschlossen haben.

Die deutsche Regierung hat deshalb unentwegt auf das Zustandekommen eines Ergebnisses der Lausanner Konferenz hingearbeitet, nicht nur auf ein Ergebnis, das mit der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Deutschlands im Einklang stand.

Nach wochenlangem harten Ringen hat Deutschland auf der Lausanner Konferenz sein Ziel, die restlose Beseitigung der Reparationen, erreicht. Mit dem Abkommen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab die Reparationsschuld aus dem Youngplan in Höhe von zirka 35 Milliarden Reichsmark gefallen. Das bedeutet die Beseitigung einer auf 57 Jahre sich erstreckenden jährlichen Zahlung, wovon auf die ersten 35 Jahre jährlich rund zwei Milliarden entfallen. Keinerlei Reparationszahlung irgendwelcher Art und Form ist in Zukunft mehr zu leisten.

Deutschland hat die entsprechend dem Hoover-Moratorium übernommene Nachzahlungsverpflichtung bei der Gesamtregelung mit in Ansatz bringen müssen. Diese Verpflichtung wird aber nicht etwa in festen Jahresraten gezahlt, sondern durch besondere Reichsschuldverschreibungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320712-18/fragment/page=0001

dargestellt, die nur dann auf den Markt gebracht werden dürfen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Vorher beginnt weder Zinslauf noch Tilgung auf diese Reichsschuldverschreibungen. Die Begebung der Reichsbahnanleihe auf den auswärtigen Märkten kann nur in einer Höhe erfolgen, die der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß, soweit innerhalb einer Frist von 12 Jahren die Begebung auf den ausländischen Märkten nicht gelingt, der nicht begebene Restbetrag verfällt. Ob die Reichsanleihe also überhaupt begeben werden kann, wird davon abhängen, ob Deutschland im Zeitraum von 12 Jahren seine volle wirtschaftliche Leistungs- und Kreditfähigkeit wiedererlangt.

Der entscheidende Unterschied und Fortschritt gegenüber den vorgesehenen Hoover-Zahlungen mit ihrer Gefährdung durch den Transfer liegt darin, daß jede Zahlung nur dann in Frage kommt, wenn die deutsche Kreditlage es gestattet.

Die Maximalhöhe dieser von uns unter Voraussetzung einer vollkommenen wirtschaftlichen Gesundung zu leistenden gesamten Zahlung beträgt 3 Milliarden Reichsmark, deren Begebung, wie schon gesagt, davon abhängt, ob sie innerhalb der zwölfjährigen Frist ohne Störung unserer Leistungs- und Kreditfähigkeit auf den ausländischen Märkten placiert werden können.

Mit der endgültigen Beseitigung der Reparationen ist unsere Unabhängigkeit in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht vollkommen wiederhergestellt. Dadurch ist also auch die vollkommene Loslösung von bisher noch dem Young-Plan bestehenden Bindungen, insbesondere auch der Reichsbahn und der Reichsbank, und die völlige Wiederherstellung unserer inneren Souveränität erfolgt.

Kreditpolitisch schafft die Streichung der Reparationen eine neue Grundlage für den deutschen Kredit. Damit ist die wesentlichste Voraussetzung für den Aufschwung der gesamten Wirtschaft gegeben. Politisch bedeutet das Ergebnis der Lausanner Konferenz die Befreiung aus den Fesseln der Reparationen und den Beginn einer neuen Aera zwischen den Völkern. Mit den Lausanner Verhandlungen ist aufs engste verknüpft gewesen die Erörterung der politischen Fragen, die die Deutschland durch den Versailler Vertrag vorenthaltene Gleichberechtigung betreffen.

Revisionsforderung wiederholt

Im Namen Deutschlands melde ich schon heute erneut den Anspruch vor der ganzen Welt an, als Volk mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten in der ganzen Welt behandelt zu werden. Diese Fragen, insbesondere die der Wehrfreiheit, sind zwischen den Staatsmännern eingehend erörtert worden. Wenn auch heute noch nicht alle Nationen zu einer Anerkennung unserer Rechte bereit sind, so sind diese die deutsche Ehre betreffenden Fragen nun vor dem Weltforum aufgeworfen. Der neue Zeitabschnitt, der heute für das deutsche Volk beginnt, die nun wiederhergestellte wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit von den anderen Ländern, werden es der deutschen Regierung ermöglichen, nun auch die politische Freiheit zu erkämpfen. Unser Weg von der heute erreichten wirtschaftlichen Liquidierung des Krieges wird und muß zu dem Frieden in Ehren führen. Darin weiß sich heute die deutsche Regierung mit dem gesamten deutschen Volke einig.

Papen wieder in Berlin

Mit der deutschen Lausanne-Delegation zurückgekehrt.

Berlin, 11. Juli.

Reichskanzler von Papen und die übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung für die Lausanner Konferenz trafen am Sonntag um 13.43 Uhr aus Lausanne kommend wieder in Berlin ein. Zur Begrüßung hatten sich auf dem Anhalter Bahnhof Reichsinnenminister Freiherr von Gayl als Vertreter der Reichsministerien sowie u. a. die Staatssekretäre Trendelenburg, Zarden und Planck eingefunden. Aus der Mitte einer etwa 100köpfigen Menge erschollen Hoch- und Bravorufe, als der Kanzler in Begleitung des Reichsinnenministers den Seitenausgang des Bahnhofs verließ.

Ein unmögliches Projekt

Amerikanischer Senator verlangt für die Schuldenstreichung die Uebereignung der deutschen Kolonien.

Washington, 11. Juli.

Unter Hinweis auf das Lausanner Abkommen brachte der demokratische Senator McKellar (Tennessee) eine Entschließung ein, in der Hoover aufgefordert wird, Stellung zu nehmen zu den Pressberichten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in irgendeiner Form ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufrollung der Kriegsschuldenfrage ausgedrückt habe.

Der demokratische Senator Gore (Oklahoma) brachte die Anfrage ein, ob die Schuldnerländer der Vereinigten Staaten es vorziehen würden, der amerikanischen Regierung die früheren deutschen Kolonien an Stelle der Kriegsschuldenrückzahlung zu übereignen.

Kritik Hugenbergs

an dem Lausanner Ergebnis.

Bremen, 11. Juli.

Im Rahmen einer deutschnationalen Kundgebung in Bremen sprach Geheimrat Hugenberg über die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zu Lausanne. Das Ergebnis von Lausanne, so erklärte er, entspreche nicht den Forderungen, die von der DNVP. für die endgültige Beseitigung der Tribute erhoben worden sind. Durch unbeirrtes Festhalten an den unverzichtbaren politischen Bedürfnissen der Nation hätte die notwendige Bresche in das Versailler System geschlagen werden können. Trotz der bisherigen ungeheuren Leistungen Deutschlands und trotz der furchtbaren deutschen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit sei in Lausanne ein neues Versprechen der Zahlung einer politischen Milliardenschuld gegeben worden.

„Wir erkennen an," fuhr Geheimrat Hugenberg fort, „daß die jetzige Regierung unter einer schweren Vorbelastung durch die Vorverhandlungen der Regierung Brüning gestanden hat. Gleichwohl wird die Begründung daß eine Vertagung der Verhandlungen unter allen Umständen hätte vermieden werden müssen, im Volke kein Verständnis finden; denn es lag für die ganze Welt zutage daß die Schuld an einem Scheitern dieser Konferenz auf Frankreich fiel. Es ist nicht Sturheit und Eigensinn, wenn wir sagen: Wir dürfen uns die Freiheit von den Tributen nicht dadurch erkaufen, daß wir versprechen, zu den schon gezahlten 70 Milliarden in Zukunft noch weitere 3 Milliarden hinzuzufügen, sondern es ist dabei die Notwendigkeit maßgebend, mit Ehrlichkeit in eine weitere große Verhandlung hineinzugehen. Sie betrifft die aus den Tributen und dem Kriege entstandenen unerfüllbaren Privatverpflichtungen. Die ganze Welt ist auf diese Verhandlung gefaßt. Man wird uns im Auslande erst dann wieder als ehrlichen Kaufmann betrachten — als der wir früher stets gegolten haben —, wenn wir unsere Karten völlig aufdecken und unsere internationale Zahlungsunfähigkeit bekennen."

Mit Stillhalteabkommen, so betonte der Redner zum Schluß, sei nichts getan; möglich seien die folgenden wahrscheinlich nebeneinander zu beschreitenden

zwei Wege:

1. ein entsprechendes handelspolitisches Entgegenkommen der Gläubigerländer, das die Uebernahme entsprechender Warenmengen gewährleistet, ohne die Weltmärkte in Unordnung zu bringen, 2. die Wiederherstellung eines deutschen Kolonialreichs, über das dann wohl die Grundlage für einen internationalen Zahlungsausgleich geschaffen werden könnte.

Da in Deutschland der Hauptstock aller Schuldverpflichtungen heute letzten Endes auf den ausländischen Gläubiger zurückgehe, lasse sich eine Genesung des deutschen Wirtschaftslebens auch bei Wegfall der Tribute jetzt nicht mehr erreichen, wenn nicht auch dieser Weg beschritten werde.

Die NSDAP. über Lausanne

Massenaufmarsch im Lustgarten. — Ansprachen des Grafen Helldorf und Dr. Goebbels'.

Berlin, 11. Juli.

Anläßlich eines nationalsozialistischen Massenaufmarsches im Lustgarten kamen der Berliner SA.-Führer Graf Helldorf und Gauleiter Dr. Goebbels auch auf das Ergebnis der Lausanner Verhandlungen zu sprechen. Graf Helldorf erklärte dazu, die Regierung von Papen habe in Lausanne einem Abkommen zugestimmt, das die Nationalsozialisten niemals gutheißen würden. Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels führte aus:

„Wir haben genug bezahlt, und wir wollen, daß Deutschland vor allem von dem Makel der Kriegsschuld freigesprochen wird. Wenn die Welt dieser Forderung Widerstand leistet, so werden wir den Versailler Vertrag für null und nichtig erklären.

Man hat in Lausanne nur über Geldfragen verhandelt; vor diesen Fragen aber steht für uns die Ehre des Volkes."

Auf innerpolitische Fragen eingehend, richteten beide Redner scharfe Angriffe gegen den Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl.

Genfer Entschließungsentwurf

Zur Beendigung des ersten Abschnitts der Abrüstungskonferenz.

Genf, 11. Juli.

Der Entschließungsentwurf des ersten Abschnitts der Abrüstungskonferenz, mit dessen Ausarbeitung der englische Außenminister Simon beauftragt wurde, liegt jetzt den Abordnungen vor. Der Entwurf besteht aus einer Präambel, vier Teilen und einem Anhang.

Die Präambel erwähnt den Artikel VIII des Völkerbundspaktes. Der Abrüstungsentwurf des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses stellt fest, daß die Vorschläge des Präsidenten Hoover vom 22. Juni in ihren Grundsätzen von der Konferenz angenommen worden seien und versichert, daß die Aufgabe der Abrüstungskonferenz in der Verwirklichung einer ersten einleitenden Etappe der Rüstungsherabsetzung bestehe, für die eine Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit aller Rüstungsarten Voraussetzung sei.

Die folgenden Teile behandeln die Punkte, über die bei den bisherigen Beratungen grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden ist, ohne jedoch irgendwelche Ziffern zu nennen.

Soweit der Inhalt des Entwurfs. Irgendeine Einigung über wirklich bedeutsame Rüstungsfragen, insbesondere über die großen Grundsätze und die Notwendigkeit einer Gleichberechtigung, sucht man in dem Entwurf vergeblich. Sollte dieser Entwurf in den nächsten Tagen nicht von Grund auf geändert und in eine für die deutschen Gleichberechtigungswünsche tragbare Form gebracht werden, so ist sicher damit zu rechnen, daß die Vertreter der schon abgerüsteten Staaten sich im Hauptausschuß von diesen Versuchen, die öffentliche Meinung mit falschen Konferenz-„Erfolgen" zu täuschen, ausschließen werden.

Türkei tritt dem Völkerbund bei

Angora. Die Kammer befaßte sich am Sonnabend mit der Frage des Beitritts der Türkei zum Völkerbund. Außenminister Dr. Tewfik Ruschdi Bei setzte die durch die Einladung des Völkerbundes geschaffene Lage auseinander. Er legte die Antwort vor, daß die Türkei zum Beitritt in den Völkerbund bereit sei. Die Kammer billigte unter Beifall die Regierungsantwort und vertagte sich darauf bis zum 1. November.

Aus der Umgegend

Nebra, 11. Juli.

— **Zum Jahrmarkt.** Die Hoffnungen, die man s. Zt. auf die Vorverlegung des ersten Markttages auf den Sonntag hegte, scheinen sich doch nicht erfüllen zu wollen, denn auch diesmal blieb der Marktverkehr trotz schönsten Wetters nur ein mäßiger. Ein verunglücktes Kind darf man den Marktsonntag nennen. Nicht einmal die Verkaufsstände waren vollzählig besetzt, die Inhaber rückten erst heute (Montag) ein, einige Standinhaber wiederum zogen es vor, garnicht erst aufzumachen, weil der Käuferkreis verhältnismäßig eng war. Gewiß wurde hier und da einiges gekauft, aber das alles verschaffte kein marktähnliches Gebilde. Auch in den Gaststätten blieb der Verkehr in engen Grenzen. Auf dem Turnplatz ist nicht viel zu sehen, es machen dort einige zu Karussellen gehörige Orgeln etwas Radau, sie vermögen aber nur spärlich die mit leeren Taschen umherstehenden Kinder auf die Karussellpferdchen zu locken. Am heutigen Montag ist das Marktbild ein wesentlich vorteilhafteres. Das Wetter ist wiederum sonnig und warm, es führte viele auswärtige Besucher heran. Die billigen Kaufstände waren bereits von mittag an belagert, man staunte, was der brave Deutsche für wenig Pfennige alles fabriziert und feilbietet. Die Zuckerbuden, die Rostbratwurststände finden gute Abnehmer und auch in den Gaststätten wird der Durst gelöscht, mancher Gast gestattet sich sogar einige Schoppen über den Durst. „Heute ist heut!" sagt man, und fühlt sich berufen, die Wirtschaft anzukurbeln. — Der heutige Tag brachte den Höhepunkt des Marktverkehrs, der morgige dritte Tag verläuft dann wieder ruhiger.

— **Die Deutschnationale Volkspartei,** Kreisverein Querfurt, hielt am Sonntagnachmittag in Freyburg a. U. eine Vertretertagung zwecks Organisierung des Wahlkampfes für die Reichstagswahl am 31. Juli d. J. ab. Der gute Besuch der Zusammenkunft durch Männer und Frauen wohl aus allen Ortschaften des Kreises läßt erkennen, daß die Partei diesmal ihre ganze Stoßkraft für den Sieg der guten Sache aufwenden will. Herr Major Knabe leitete die Tagung und eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache, in der er das Jahr 1932 als ein Wahljahr bezeichnete. Drei Hauptwahlgänge (2 Reichspräsidentenwahlen, die preußische Landtagswahl) sind bereits vorüber, wohl mehr als ein Dutzend auf einzelne Freistaaten beschränkte Wahlen mußten durchgefochten werden, jedoch all diese Einzelwahlen seien nur als Vorentscheidungen für die bevorstehende Wahl zum deutschen Reichstag zu bewerten. Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zur Regierung Papen sei vollkommen frei, die Partei habe mit diesem Kabinett nichts zu tun und lehne auch die Ergebnisse der Lausanner Konferenz ab. — Als Redner war für die Tagung der im Kreise besonders gut bekannte Landtagsabg. Rüffer anwesend. Er ging in seinem längeren Vortrage auf die Ergebnisse der vielen Wahlen in diesem Jahre ein und betonte ebenfalls, daß all diese Wahlen keineswegs an die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen heranreichen. Die anzuerkennenden Wahlerfolge der Nationalsozialisten habe diese Partei bisher in keiner Beziehung zur Auswirkung für das Volkswohl gebracht, das bleibt als eine politische Sünde auf dieser Partei haften; nicht einmal die wohl zu erreichen gewesene Beseitigung der marxistischen Regierung in Preußen haben die Nationalsozialisten ernstlich angestrebt, so daß das für das Volkswohl unheilvolle System in aller Ruhe weiter „regieren" darf. Die schwere Schuld, daß der Bürgerkrieg weiter im Lande wütet und sich wahrscheinlich noch verschärfen wird, falle somit auf das Konto der Nationalsozialisten. Allerdings gebe es ja mancherlei Berührungspunkte der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, das Zusammengehen beider Parteien dürfe aber nicht zu einem Abhängigkeitsverhältnis der ersteren zur letzteren, wegen deren größeren Mandatszahl, führen. Auf die Frage des Tages, ob die Deutschnationalen angesichts des Anwachsens der Nationalsozialisten überhaupt noch eine Zukunft erhoffen dürften, bekräftigte Redner mit einem Ja, denn die Deutschnationalen beschränken sich nicht damit, mit dem sozialen und nationalen Gedanken Geschäfte zu machen, sondern sie betrachten als ihre vornehmlichste Aufgabe, den Volksgenossen Arbeit und Brot, freie Wirtschaft in einem freien Staate zu verschaffen; er zeigte auch an Hand der Geschichte, daß die Deutschnationalen die wesentlichsten Programmpunkte der Nationalsozialisten zuerst in ihren Aufgabenkreis einbezogen haben. Die Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei sei für diese ruhmvoll und segensreich für die Arbeiterschaft. — Die Zuf der Notverordnungen billige die D.N.V.P. nicht, die Diktatur darf nicht dem Selbstzweck dienen, sondern sie muß Mittel zum Selbstzweck sein. — Das Ergebnis von Lausanne gebe Raum der Kritik, anerkannt jedoch soll sein, daß das zustandegekommene Kompromiß doch wesentlich anders aussieht, als die Kompromisse vorhergegangener Konferenzen. Was diesmal nicht erreicht werden konnte, bleibt Aufgabe des deutschen Volkes. Als Entschuldigung für die Regierung Papen möge anerkannt werden, daß sie nichts als einen großen Trümmerhaufen als Erbe übernommen habe. Der Redner gab auch einige Aufklärungen über die Verhandlungen in Harzburg und schilderte in humorvoller Art die „Arbeiten" im preußischen Landtag in der letzten Zeit. — In der Aussprache nahmen noch das Wort Herr Landrat a. D. von Helldorff-Baumersroda, Herr Prof. Most-Roßleben und Herr Major Knabe-Freyburg. Diese drei Herren ermahnten zur fleißigen Mitarbeit bei der Wahlsache und zur Förderung der Parteidisziplin, denn es gehe diesmal wieder um des Vaterlandes Größe, Wohlfahrt und Glück. — Nach einem Schlußwort des Hauptredners schloß der Vorsitzende mit herzlichem Dank für das zahlreiche Erscheinen die Zusammenkunft.

— **Ausflug des Verschönerungs-Vereins Wiehe.** Der Verschönerungsverein Wiehe beabsichtigt, seinen Ausflug nach Rülles Berg bei schönem Wetter Mitte dieser Woche vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, zuerst vielleicht vom Schützenhaus aus einen gemeinsamen Spaziergang durch das Fliegental über Kummers Berg, Lossaer Chaussee, Fuchslöcher nach Rülles Berg zu unternehmen, wo die Stadtkapelle zum Konzert aufspielen wird. Der Zeitpunkt ist gewählt, um auch den Sommerfrischlern und Heimatgästen jetzt in der Ferienzeit etwas zu bieten und für den Verschönerungsverein zu werben.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß auch die **Farbstriche** an den Spaziergängerwegen in Wiehes nächster Umgebung erneuert und vervollständigt sind. Die angebrachten Farbstriche bezeichnen:

Gelb: . . Weg vom Röhrental nach dem Fliegental
Gelbes Kreuz: Weg vom Röhrental nach der Zwillingseiche
Rot: . . . Weg vom Röhrental od. Garnbach nach Rabiswald
Rot: . . . Weg durch Ambergs Graben nach dem Hufenholz
Grün: . . Weg Kolledner Straße nach Chamissos Ruh'
Blau: . . Weg Garnbach—Pfaffenstieg – Burgwenden.

Die Spaziergänge mit kurzer Beschreibung nebst Farbstrichbezeichnung sind in einem kleinen Heftchen enthalten, das vom Verschönerungsverein herausgegeben und für 20 Pfg. zu haben ist. Das Heft enthält auch eine Kartenskizze zur Orientierung in unseren nahen Wäldern, daneben auch einen Artikel „Geschichtliches der Stadt Wiehe."

— **Der Bettel als Erwerbsquelle.** Neuhaus a. R. Es wird berichtet: Skrupellose Gauner trieben hier, wie auch schon in anderen Orten, ihr Unwesen, indem sie in frechster Weise das Mitleid anderer mißbrauchen. Zu zweit kamen die Gauner in feiner Kleidung und im feinen Kleinauto. Am Ortseingang wechselten sie ihre Kleidung und zogen als „arme Arbeitslose" in den Ort und bettelten. Nach einigen Stunden kehrten sie zu ihrem Wagen zurück, überzählten ihr „Geschäft" und fuhren, nachdem sie sich wieder verwandelt hatten, davon. Weiter wurde ein Radfahrer bemerkt, der von Oelze kam, in ein Haus sein Rad einstellte, Schlips und Kragen abtat, und dann ebenfalls bettelte. Nach vier Stunden hatte er „nur" 4,82 RM. verdient und klagte, daß er früher 14 und 15 RM. verdient habe. Er fuhr dann mit dem Fahrrad wieder ab. Diese Gauner beziehen meist noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320712-18/fragment/page=0002

Unterstützung. Deshalb empfiehlt sich jetzt dringend die Einführung von Bettelschecks, wodurch das Handwerk dieser Leute stark eingedämmt werden wird.

Ausflug der Ortsgruppe Groß- und Kleinwangen des Vaterländischen Frauenvereins.

Bericht eines Mitgliedes.

Die Ortsgruppe versammelte sich um 1.30 Uhr in Großwangen und bestieg dort einen Großkraftwagen zur Fahrt nach Sangerhausen. Trotz großer Hitze ging es in fröhlicher Fahrt vorbei an Wendelstein über Roßleben—Allstedt nach Sangerhausen. Dort hielt unser Wagen vor dem im Stadtpark gelegenen Rosarium. Dank der Verbindung des Herrn Pfarrer Giesewetter wurde uns Gelegenheit geboten, zuerst das „Mutterhaus des Landpflegeverbandes" zu besichtigen. Es liegt, ein prächtiger Neubau, auf der Höhe unweit des Rosariums, von Wald und Garten umgeben. Dort werden Gemeindeschwestern für ländliche Gegenden ausgebildet und zwar 1 Jahr in der Hauswirtschaft und 2 Jahre in der Krankenpflege. Außerdem werden Haustöchter dort aufgenommen, die in einem einjährigen Kursus zusammen mit den Lehrschwestern Gelegenheit haben, eine vollkommene hauswirtschaftliche Ausbildung zu erhalten, wie sie besser nicht gegeben werden kann. — Eine festlich geschmückte Tafel in der großen Veranda des Hauses nahm uns alle auf, und selten kann ein Kaffee so gut geschmeckt haben wie uns, die wir alle sehr durstig waren. Die Jungschwestern sangen uns einige sehr hübsche Lieder. Da das Haus eine wundervolle Akkustik aufzuweisen hat, kamen die schönen Stimmen voll zur Geltung. Die Leiterin des Hauswirtschaftlichen Kurse erklärte uns in einer kurzen Ansprache, wie der Lehrgang für Jungschwestern und Haustöchter verläuft. Anschließend folgte die Besichtigung der Räume des großen Hauses. Ueberall herrschte peinliche Sauberkeit. Wir durften die Wohn- und Schlafzimmer der Jungschwestern, die Bücherstube, Dürerstube, den kleinen Kindergarten, die Wirtschaftsräume, Vorratsstube, Nähstuben, Ställe und den großen schönen Garten besichtigen. Trotz der Kürze der Zeit nahmen wir manche praktische Anregung mit. Es wurde in mancher Mutter Herz der Wunsch rege, ihre Tochter diesem Hause anzuvertrauen aus dem Gefühl heraus, daß sie an dieser Stätte ein Fundament fürs ganze Leben erhält. Es wäre dies um so leichter möglich, da der monatliche Pensionspreis für die Haustöchter nur 10 RM. beträgt. Ganz erfüllt von allem Gesehenen verließen wir das Mutterhaus um, geleitet von einer Hilfs- und einer Lehrschwester, das Rosarium zu besichtigen. Es weist in herrlicher Anlage unzählige Sorten von Rosen auf, die in vollem Blütenschmuck prangten. Strauchrosen, Heckenrosen, Buschrosen, hochstämmige Rosen waren in den mannigfaltigsten Farben und Formen zu sehen. Um 8 Uhr bestiegen wir unseren Wagen zur Heimfahrt, dankbar für alles Geschaute und Erlebte und von dem Wunsche erfüllt, daß viele deutsche evangelische Frauen auch das Mutterhaus auf der Höhe von Sangerhausen besichtigen möchten.

Wippach. Als Gemeindevorsteher unserer Gemeinde ist der Gastwirt Max Koch gewählt und als solcher vom Herrn Landrat bestätigt worden.

Bottendorf. (Schießender Dieb.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag stattete eine bisher noch unbekannte Person der Wohnung des Lehrers Leipold in Bottendorf einen Besuch ab, jedenfalls in der Absicht, einen kleinen Beutezug zu machen. Mit Hilfe einer vom Nachbargrundstück entliehenen Leiter stieg der Unbekannte durch ein offenstehendes Fenster in die im ersten Stock gelegene Wohnung ein. Nachdem er in dem ersten Zimmer scheinbar nicht das Rechte gefunden hatte, begab er sich auf weitere Entdeckungsreisen und geriet dabei in das gleich nebenan liegende Schlafzimmer. Beim Leuchten mit der Taschenlampe bemerkte der uneingeladene Besucher, daß der Wohnungsinhaber — der Dirigent des Gesangvereins ist und an diesem Abend Uebungsstunde hatte — zurückgekehrt war und wach wurde. Der Eindringling gab sofort einen Schuß aus einer Pistole ab und entfloh, ohne etwas mitzunehmen, auf dem gleichen Wege auf dem er gekommen war. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen haben leider noch keinen Erfolg gehabt.

Schönewerda. Der Geschirrführer Otto Witzel in Esmannsdorf erhielt durch die Landwirtschaftliche Kreisvertretung von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen eine Ehrenurkunde für treue Dienste. Der Jubilar arbeitete 25 Jahre lang in der Wirtschaft des Herrn Gutsbesitzers Artur Koch in Schönewerda.

Landgrafroda. Die Erkenntnis, daß die heutigen, von den mit der Erzeugung elektrischer Energie sich befassenden Konzernen geforderten Preise für Strom von der großen Masse der Verbraucher nicht mehr tragbar sind, auch zu den jetzigen Gestehungskosten in gar keinem Verhältnis stehen, gewinnt nun auch in kleinen Ortschaften immer mehr an Bedeutung. Die Zähler- und Anschlußgebühren werden ebenfalls als ungerecht empfunden. Vor einigen Tagen fand in dieser Sache hier eine gutbesuchte Interessentenversammlung statt, in der Herr Zimmermann aus Wiehe den aufmerksamen Zuhörern einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Elektrizitätserzeugung gab und zugleich zahlenmäßig den Unterschied zwischen Gestehungs- und Verkaufspreis des elektrischen Stromes erläuterte. Die Anwesenden zeigten sich dem Vortragenden gegenüber äußerst dankbar für die ihnen gewordene Aufklärung und waren sich einig darüber, daß nur ein fester Zusammenschluß unter tatkräftiger Führung in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit etwas erreichen könne. Zum Schluß wurde noch ausgeführt, daß es vergebliche Mühe sei, wenn sich einzelne Gemeinden hilfesuchend an führende Persönlichkeiten von landwirtschaftlichen Organisationen wenden; mit Recht führte Herr Zimmermann aus, daß derartige Versuche zu keinem Ziele führen können. Nur wenn die Verbraucher von Licht- und Kraftstrom in einer Einheitsfront sich zusammenfinden, könne etwas gegen den Elektrizitätserzeuger-Trust erreicht, seine Macht gebrochen werden. Der Druck, den die hohen Strompreise auf die Wirtschaft, auf jeden Haushalt ausüben, müsse gemildert werden. — Der allgemeine Beifall, der dem Vortragenden gespendet wurde, läßt erkennen, daß die Protestbewegung gegen den kapitalkräftigen Trust rasche Fortschritte machen wird.

Gelbe Raucherzähne

„Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und unschön wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. V., Horst Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Weimar. (Begnadigung.) Die thüringische Regierung hat das vom Schwurgericht in Rudolstadt am 13. Juli 1931 ausgesprochene Todesurteil gegen die Wirtschafterin Klara Paschold aus Gräfenthal und den Dachdecker Reinhold Werner aus Leipzig in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Die beiden Verurteilten waren wegen Raubmordes einmal in Leipzig, das anderemal in Rudolstadt zum Tode verurteilt worden. Beide entpuppten sich in den Gerichtsverhandlungen als wahre Bestien, so daß wohl die Welt nichts zu betrauern gehabt hätte, wenn die durch ihre lange vorher vorbereiteten bestialischen Morde verwirkte Todesstrafe vollstreckt worden wäre.

Naumburg. Zu einem aufsehenerregenden Handgemenge kam es nachts in der Siedlung am Spechsart vor dem Konsumverein. Reichsbannerleute und etwa 40 Nationalsozialisten gerieten in einen schweren Kampf. Mit Eisenspitzen und Zaunlatten ging man aufeinander los! Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Eine große Schaufensterscheibe des Konsums ging in Trümmer. Die verstärkte Polizei gab Schreckschüsse ab. Nachdem wurden im Verkehrslokal der NSDAP. und in nationalsozialistischen Geschäftslokalen der Stadt verschiedene Fensterscheiben eingeworfen. Bei der Prügelei in der Siedlung nahm die Polizei den kämpfenden Parteien drei Revolver, ein Seitengewehr, Gummiknüppel, Stöcke mit Eisenspitzen und Zaunlatten ab.

Weißenfels. Ein Personenauto aus Thüringen fuhr in der Nähe des Vorwerks „Bäumchen" auf ein haltendes Lastauto auf und wurde stark beschädigt. Gleich darauf fing das Personenauto Feuer, wobei es vollständig ausbrannte. Der Führer des Wagens wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Bobergast (Kr. Weißenfels). Der unter dem Verdacht des Mordes an dem Schachtmeister Preuß verhaftete Schlosser Böhm ist von seiner geschiedenen Ehefrau aufs schwerste belastet worden. Sollten sich die Angaben der Frau als richtig erweisen, so könnte die Mordtat, die bereits vor acht Jahren geschah, jetzt gesühnt werden. Politische Gründe scheinen der Tat nicht zugrunde gelegen zu haben, vielmehr dürfte es sich um einen Racheakt handeln, da Böhm zurzeit von der Grube entlassen worden war. Böhm wird als ein jähzorniger und gewalttätiger Mensch geschildert.

Merseburg. Auf der Saale ereignete sich ein Bootsunfall. Ein Motorboot hatte fünf Paddelboote ins Schlepptau genommen. In einer Kurve kenterten zwei Boote. Die Insassen fielen ins Wasser, konnten sich aber fast alle durch Schwimmen retten. Nur einer drohte zu versinken, doch wurde er im letzten Augenblick noch an Bord gezogen.

Halle. Eine Schwindlerin tritt seit einigen Tagen in Halle auf. Sie spricht in Wohnungen vor und bittet um Abnahme eines Paketes unter dem Vorwand, daß die Nachbarn, die das Paket bestellt hätten, nicht anzutreffen seien. Gegen Zahlung eines hohen Geldbetrages liefert sie das Paket aus. Beim Oeffnen stellt sich heraus, daß der Inhalt keinesfalls dem Wert des geforderten Betrages entspricht.

Halle. Gasgegen Liebeskummer. Von Hausbewohnern eines Grundstücks in der Baderei wurde ein 17jähriges Hausmädchen schwer gasvergiftet aufgefunden. Es mußte ins Elisabethkrankenhaus gebracht werden. Wie festgestellt wurde, hatte sich das Mädchen wegen Liebeskummer das Leben nehmen wollen.

Sandersdorf (Kr. Bitterfeld). In Sandersdorf und in Holzweißig ist es wieder zu größeren Erwerbslosendemonstrationen gekommen. Die Polizeikräfte in Sandersdorf mußten verstärkt werden, nach Holzweißig wurde ein größerer Polizeiposten gelegt. 38 Personen sind bisher festgenommen worden.

Sandersdorf. Die Polizei gibt über die Zwischenfälle bei den Erwerbslosendemonstrationen am Donnerstag einen Bericht heraus, in dem festgestellt wird, daß der erschossene Arbeiter Falke, der als Anführer anzusprechen war, durch ein 6,35 Millimeter-Geschoß getötet wurde. Ein solches Kaliber wird in der Landjägerei nicht gebraucht. Es ist daher anzunehmen, daß er durch den Schuß eines Teilnehmers getötet wurde.

Sondershausen. In einem bei Stockhausen gelegenen Lagerschuppen der Mischdüngerfabrik des Wintershall-Konzerns, Zweigniederlassung Glückauf, Nordhausen, entstand um 13 Uhr ein Brand. Der Lagerschuppen hat ein Fassungsvermögen von 20 000 Tonnen und war zu einem Drittel gefüllt. Durch das Feuer und die Löscharbeiten wurden die Düngemittel Kali und Stickstoff unbrauchbar. Ein Uebergreifen des Feuers auf andere Gebäudeteile konnte verhindert werden.

Wansleben (Mansf. Seekr.). Arbeitsloser geht in den Tod. Auf der Eisenbahnstrecke Halle—Eisleben wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden, dem der Kopf abgefahren war. Es soll sich um einen Arbeitslosen Paul Feuerberg handeln, der aus wirtschaftlichen Sorgen den Tod gesucht hat.

Hecklingen. Eines der ältesten und größten Güter der Gegend, das der Firma Mustenhagen gehörte, ist versteigert und in den Besitz der Henckel-Werke in Düsseldorf übergegangen. Was die Firma mit dem Ankauf beabsichtigt, ist nicht bekannt geworden.

Staßfurt. Etwa 30 junge Leute haben im Sinne des freiwilligen Arbeitsdienstes in der hiesigen Ritterfur Beschäftigung gefunden. Die Arbeitswilligen erhielten ein Paar Arbeitsschuhe; ihr Wochenlohn soll auf 12 Mark bemessen werden. Die Stadt wird durch die Arbeiten neues Gelände für Schrebergärten erhalten und außerdem die jungen Leute auf einige Wochen aus der Fürsorge los sein.

Schönebeck-Bad Salzelmen. Mit dem Bekanntwerden der Salzsteuer wurden der hiesigen Saline so viele Aufträge gebracht, daß Tag und Nacht gearbeitet werden muß und 100 Arbeiter neu eingestellt werden konnten. Während im Mai nur 3000 Tonnen Salz verladen wurden, erreichte der Versand im Juni eine Höhe von 7000 Tonnen. Leider wird aber diese Auftragssteigerung mit dem Inkrafttreten der Salzsteuer am 16. Juli ihr Ende finden.

Magdeburg. Während des Monats Juni erkrankten in Magdeburg an Diphtherie zehn Kinder und neun Erwachsene, an Scharlach 26 Kinder und zwei Erwachsene. Ein Kind starb an Scharlach.

Magdeburg. Das Städtische Institut für Leibesübungen gibt Erwerbslosen Gelegenheit, im Juli und August kostenlos das Schwimmen zu erlernen, bezw. sich zum Rettungsschwimmer auszubilden. Die Schwimmvereine haben für diesen schönen Zweck ihre Anlagen und Lehrkräfte zur Verfügung gestellt. In gleicher Weise sind Vorbereitungen zur Erlangung des Turn- und Sportabzeichens geplant.

Dessau. Anhalt ist bekanntlich das erste Land, das unter staatlicher Führung den freiwilligen Arbeitsdienst einführt. Nun hatten sich die Arbeitsfreiwilligen am Dienstag und Mittwoch in Dessau und Zerbst zu melden. Der Andrang war aber in Dessau so stark, daß die meisten wieder zurückgewiesen werden mußten, da nur eine bestimmte Anzahl angenommen werden konnte, die die Stammkompanie bilden soll.

Neuhaldensleben. Brandstiftung. In den Morgenstunden entstand in der großen Feldscheune des Gutsbesitzers Trog ein Brand, der die Scheune sowie die darin befindlichen Heu- und Strohvorräte vernichtete. Außerdem fielen drei wertvolle Pferde und sechs Rinder den Flammen zum Opfer. Man vermutet Brandstiftung, da die vor der Scheune stehende Wasserpumpe entfernt worden war.

Seehausen (Kr. Wanzleben). Unter dem Verdacht, aus dem Büro der Zuckerfabrik Kleinwanzleben über 800 Mark Lohngelder gestohlen zu haben, waren zwei Arbeiter aus Kleinwanzleben verhaftet worden. Man ließ sie aber wieder frei, da ihnen nichts nachgewiesen werden konnte. Nunmehr hat sich aber die Beweislette gegen sie so verstärkt, daß die beiden Arbeiter neuerlich verhaftet und dem Magdeburger Untersuchungsgericht zugeführt wurden.

Flechtlingen b. Neuhaldensleben. Gewitter mit Wolkenbruch richtete in der hiesigen Feldmark großen Schaden an. Besonders die Getreidefelder haben durch die Wasser- und Hagelmassen stark gelitten. Sie sahen zum Teil aus, als wenn sie mit einer Walze eingeebnet wären. In 20 Minuten ist eine Regenmenge von 32 Millimetern gefallen.

Stendal. Tödlicher Unfall am Reck. Im hiesigen Johanniterkrankenhaus verschied der Landwirtssohn Walter Scheideler aus Walsleben, der beim Turnen am Reck gestürzt war und sich einen Halswirbelbruch zugezogen hatte.

Tangermünde. Auf einem Werbeumzug des Zirkus Hagenbeck-Althoff fütterte eine Frau einen Elefanten mit Mohrrüben. Ein zweiter Elefant legte ihr, wahrscheinlich, um zu betteln, den Kopf auf die Schulter und umarmte sie mit dem Rüssel. Eine Rippenquetschung war die Folge dieser ungestümen Zärtlichkeit.

Neues aus aller Welt

Raubüberfall im D-Zug. Im D-Zug Eger—Weimar—Köln wurde der Fabrikant Hubrich aus Eisenberg i. Thüringen überfallen und seiner Brieftasche beraubt. Hubrich hatte sich in einem Abteil II. Klasse schlafen gelegt. Auf der Strecke zwischen Jena—Weimar merkte er plötzlich, daß sich jemand an seiner Brusttasche zu schaffen machte. Beim Aufwachen sah er, daß ein Mann aus seinem Abteil flüchtete und stellte fest, daß ihm seine Brieftasche mit etwa 150 Mark Bargeld sowie Wertpapieren im Betrage von etwa 8000 M. fehlten. Er verfolgte den Täter. Dieser sprang aber zur Wagentür hinaus, und Hubrich wurde von der zufallenden Tür verletzt. Er rief um Hilfe und zog die Notbremse, der Täter konnte aber infolge der Dunkelheit entkommen.

Bei Raubüberfall Bankvorsteher erschossen. Drei Räuber drangen in die Volksbank in Kaischer bei Leobschütz ein. Einer von ihnen streckte den Leiter der Bank, Hundeck, durch einen Schuß nieder und verletzte ihn so schwer, daß er bald darauf verstarb. Die Räuber haben nach den bisherigen Feststellungen etwa zwei- bis dreitausend Mark geraubt und sind unerkannt entkommen.

Durch Großfeuer 1 Million Schaden. Aus unbekannter Ursache brach in der Nähe von Sondershausen in einer Mischdüngerfabrik ein Feuer aus, durch das die Holzkonstruktion des Lagerschuppens in kurzer Zeit ein Raub der Flammen wurde. Die umliegenden Gebäude konnten durch die Feuerwehren vor dem Uebergreifen des Brandes geschützt werden. Personen kamen nicht zu Schaden. Es sind etwa 70 000 Doppelzentner Mischdünger dem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt etwa 1 Millionen Mark und ist durch Versicherung gedeckt.

Marga von Etzdorf und Elli Beinhorn kehren nach Deutschland zurück. Die deutsche Sportfliegerin Marga von Etzdorf, die bekanntlich im April in Bangkok mit ihrem Flugzeug abgestürzt war, verließ mit dem Flugzeug der holländischen Luftverkehrslinie, das den regelmäßigen Dienst Niederländisch—Indien—Amsterdam versieht, Bangkok, um über Kalkutta und Bagdad nach Deutschland zurückzukehren. Marga von Etzdorf wird voraussichtlich bereits am kommenden Sonnabend, den 16. Juli, in Berlin eintreffen. — Gleichzeitig ist die Fliegerin Elli Beinhorn mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Rap Norte" in Rio de Janeiro eingetroffen, wo ihr am Pier von der deutschen Kolonie ein herzlicher Empfang bereitet wurde. Elli Beinhorn befindet sich ebenfalls auf der Rückreise nach Deutschland und wird voraussichtlich am 23. Juli in Bremen eintreffen.

Von kochendem Teer verbrüht. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der Nähe von Algier und kostete drei Eingeborenen das Leben. Ein Traktor, hinter dem ein mit kochendem Teer gefüllter Kesselwagen gespannt war, fuhr eine abschüssige Straße hinab, als plötzlich die Verbindungskette riß. Während es dem Führer des Traktors gelang, seinen Wagen zum Stehen zu bringen, raste der Kesselwagen, auf dem außerdem sieben Eingeborene Platz genommen hatten, mit ungeheurer Geschwindigkeit die abschüssige Straße hinab und stürzte schließlich um. Der kochende Teer ergoß sich über drei Eingeborene, die unter den entsetzlichsten Qualen verbrannten. Die anderen vier erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Bergrutsch an der ligurischen Küste. In einem Steinbruch bei Chivari an der ligurischen Küste ereignete sich infolge der Regengüsse der letzten Tage ein Bergrutsch, der die Bäume sowie die Pfähle der elektrischen Leitung an der Verkehrsstraße auf einer Strecke von 80 Metern umlegte. Ueber 2000 Kubikmeter Geröll ging nieder. Rapallo und die angrenzenden Orte blieben in Dunkel gehüllt und der Straßenverkehr war längere Zeit unterbrochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320712-18/fragment/page=0003

Urteil im Sprengstoffprozeß Rabenmüller

Schwere Zuchthausstrafen gegen die Kommunisten verhängt.

Leipzig, 11. Juli.

Im Sprengstoffprozeß Rabenmüller und Genossen wurde jetzt vom Reichsgericht das Urteil gefällt, das für die Hauptangeklagten erhebliche Zuchthausstrafen brachte. Es erhielten:

Bethmann 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust; die Angeklagten Michaelis, Rakow und Börner 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Ueberbrück 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Finke, Hoffmann und Rabenmüller je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Blumentritt 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Arnold, Ernst Winkler je 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust;

König wurde zu 3 Jahren Festung; Meister zu 1 Jahr 9 Monaten Festung; Brand, Schade und Postel zu je 1 Jahr 6 Monaten Festung; Döpping und Albin Winkler zu je 1 Jahr 3 Monaten Festung; Schumann zu 1 Jahr Festung und Timm zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Gloth und Hollmann wurden freigesprochen.

Zusammenstoß auf der Schelde

Vlissingen. In der Nähe der holländischen Hafenstadt Termeulen stieß Sonnabend vormittag auf der Schelde das deutsche Tankschiff „Hanseat" mit dem englischen Kanaldampfer „Malines" zusammen. Die „Malines" mußte auf eine Sandbank geschleppt werden, um sie vor dem Sinken zu bewahren. Die auf dem Schiff befindlichen 100 Passagiere wurden von einem zu Hilfe herbeigeeilten Dampfer übernommen und nach Antwerpen gebracht. **Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Personen der Besatzung der „Malines" verletzt.** Auch das deutsche Tankschiff wurde erheblich beschädigt und mußte auf der Schelde auf Grund gesetzt werden.

Studentenfriedhof Langemarck

Ypern. Mit einer sehr eindrucksvollen Feier wurde der Studentenfriedhof Langemarck eingeweiht. Das Deutsche Reich war vertreten durch den Gesandten Graf Lerchenfeld, Gesandtschaftsrat Dr. Bräuer, Brüssel, und Generalkonsul Schubert, Antwerpen. Nach einigen Worten des Architekten Tischler, München, übernahm Dr. Moka im Namen der Deutschen Studentenschaft die Ehrenwache auf dem Heldenfriedhof Langemarck. Er führte aus, die Deutsche Studentenschaft wolle Hüter des Langemarck-Gedanken und -Gedenkens sein. Der Gesandte Graf Lerchenfeld bezeichnete Langemarck als das Symbol der deutschen Einheit. Er legte dann einen Rosenstrauß, der ihm von einer belgischen Mutter übergeben worden war, zwischen die Kränze der deutschen Abordnungen.

○ **Die gefälschte Betrugsanklage.** In Paris erhielt ein angesehener Kaufmann dieser Tage eine Ladung vom Gericht, demzufolge er sich vor der Pariser Richterkammer wegen Betruges verantworten sollte. Nichtsahnend und mit der Ueberzeugung, daß es sich um einen Irrtum handeln müsse, begab er sich auf das Gericht. Hier stellte sich sehr bald heraus, daß die Ladung gefälscht war. Man gab ihm den Rat, schnell wieder nach Hause zu gehen, da der Unbekannte sicherlich nur beabsichtigt habe den Kaufmann aus der Wohnung zu locken. Die Richter hatten richtig getippt. Als der Kaufmann wieder sein Geschäft betrat, waren Gegenstände im Werte von 95 000 Frank gestohlen.

○ **Ein sehr bekannter Name.** Zwei Herren saßen in einem Eisenbahnabteil erster Klasse. Der eine war als Fremder noch nie in dem Landesteil, den der Zug durchfuhr, gewesen. Der andere dagegen wußte über jeden Ort, durch den man kam, genau Bescheid. „Sie scheinen in dieser Gegend ziemlich — bekannt zu sein!" begann der Fremde das Gespräch. „Oh, ja" — antwortete der Reisegefährte", mein Name ist hier herum einem jeden geläufig! Das darf ich wohl, ohne allzu unbescheiden zu sein, behaupten!" „So?" — sagte der Fremde, dessen Neugier erwachte. „Da sind Sie wohl Bürgermeister einer großen Stadt in der Nähe?" „Oh nein", — „oder vielleicht Landgerichtspräsident?" Auch nicht!" Dann sind Sie wohl Reichstagsabgeordneter für diesen Kreis?" — „Auch das nicht!" — „Oder Mitglied der Reichsbahndirektion?" — „Nein, nein", „na", rief der Fremde, der seine Ungeduld nicht länger zügeln konnte: „Wer zum Kuckuck sind Sie denn?" Ruhig erwiderte der andere: „Ich heiße Wilhelm Müller!"

400 Flaschen Likör an Bord der „Majestic" beschlagnahmt. Die amerikanische Zollbehörde beschlagnahmte an Bord des englischen Ozeandampfers „Majestic" 400 Flaschen Likör im Werte von 8000 Mark. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Von rechts: Hirschfeld, Spring (oben), Eberle (unten), Wegner und Körnig

Die Olympiakämpfer unterwegs. Mit dem Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Europa" traten die deutschen, lettischen und tschechoslowakischen Olympiakämpfer am Sonntag von Bremerhaven ihre Ueberfahrt nach Amerika an.

Die Linden blühen

Um Dorf- und Stadtlinde summen die Bienen. Die prächtig, weit ausladenden Kronen der stolzen, großblättrigen Sommerlinden überströmen vom süßen Duft der Lindenblüten. Einstens Schutzbäume der deutschen Dorfgemeinden, ernten Bauern und Städter unserer Tage den Segen der Linde. Der Imker hofft auf Lindenhonig. Alt und jung gehen Lindenblust pflücken. Lindenblust gibt trocken eingesammelt und im Schatten gedörrt den vorzüglichen, heilsamen Lindentee. Lindenblütentee ist bester deutscher Tee. Er hat nervenanregende, schweißtreibende, krampfstillende Wirkung. Als Heiltee findet er vorzugsweise Verwendung bei katarrhalischen Erkältungen, bei Schnupfen und chronischem Husten. Er wird selbst gegen Epilepsie und Wassersucht empfohlen. Mit Wein vermischter Lindenblütentee ist ein gutes Hausmittel bei Bleichsucht. Der Extrakt der Lindenblüten wird als geschätztes Lindenblütenwasser zur Förderung des Haarwuchses verwendet. Auch zur Beseitigung der Sommersprossen soll Lindenblütenwasser gut sein.

Reisegrüße

Ein eigenes Kapitel, diese Reisegrüße! Man könnte ein ganzes Buch darüber schreiben, denn man unterscheidet hierbei viele verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe sind jene bunten Ansichtskarten, die den Wald, das Rathaus oder das Kriegerdenkmal der Gemeinde X. zeigen. Oder man sieht eine Landschaft, die von der höchsten Spitze des dörflichen Feuerwehrturmes aufgenommen wurde, und das Ganze heißt dann wunderschön „Panorama von P". Diese bunten Kartengrüße enthalten folgenden, fast immer gleichbleibenden Text: „Die besten Grüße von hier sendet Familie Sowieso!" Wenn man glaubt, dem Adressaten aber etwas mehr Text schuldig zu sein, dann kommt noch jener schöne Nachsatz: „Hier ist es sehr schön!" Wir stellen offen und ehrlich fest, daß uns diese Art von Reisegrüßen höchst wenig imponiert. Auch Gruppe zwei kann nicht unseren Beifall finden, jene Reisegrüße, die eine einzige Prahlerei sind. Die dritte Gruppe der Reisegrüße gefällt uns dagegen besser: Ein lustiges Photobild, selbst aufgenommen natürlich, zeigt uns unsere Freunde, wie sie vergnüglich in der Sommerfrische verweilen. Ein paar nette Zeilen, die nicht nur „beste Grüße" sind, vermitteln uns Daheimgebliebenen auch etwas von den Reisefreuden der anderen. Da steht etwa zu lesen, daß Essen und Trinken wieder schmecken, daß die Luft und das Wasser so mopsfidel machen, daß man sich ausschließlich auf dem grünen Waldteppich aalt usw. Die vierte Gruppe der Reisegrüße sind diejenigen, die ganz ausführlich abgefaßt sind. Meist lange Briefe, in denen aber auch nichts von all jenen vielen Belanglosigkeiten fehlt, die eine Reise nun mal so mit sich bringt. Mögen alle diese Reisegrüße gut gemeint sein, sollen sie uns alle zur Freude gereichen; gegen jene Art der Reisegrüße aber wollen wir doch Protest einlegen, die da einfach heißen: „Die besten Grüße von hier sendet Familie X!" Derartige Grüße haben eine zu unpersönliche Note, sind zu wenig herzlich, um unseren Beifall finden zu können. Etwas mehr verlangen wir schon! R—.

Die Bekömmlichkeit der Gemüse

Eine reichliche Berücksichtigung von Gemüse in der täglichen Ernährung gehört zu den Grundsätzen, die ganz allgemein befürwortet werden müssen. Auch wenn man nicht der gänzlichen Ausschaltung von Fleisch aus dem Speisezettel das Wort reden will, so besteht doch heute volle Einigkeit in der Annahme, daß reine Fleischnahrung unter Ausschaltung von Gemüse für die dauernde Gesunderhaltung des Körpers nicht zuträglich ist. Dabei spricht aber eine merkwürdige Frage mit, deren Aufklärung der Wissenschaft nicht leicht fiel: Alle Pflanzenteile enthalten eine größere oder geringere Menge von Holzstoff, der außerhalb des Magens nur unter Mitwirkung von Bakterien gelöst werden kann, indem diese die Zellwände sprengen, und zwar dadurch, daß sie eine Gärung einleiten. Ueber die früher als Rätsel dastehende Verdauung von Zellulose innerhalb des tierischen und menschlichen Körpers hat sich Geheimrat Schmidt ausgesprochen. Die großen Wiederkäuer wie die Rinder können eine gewaltige Menge von Zellulose ihrem Körper einverleiben, nämlich täglich etwa drei Kilogramm. Allerdings tritt die Verdauung der Zellulose hauptsächlich erst im Darm ein, und zwar beim Tiere dort, wo am meisten Bakterien vorhanden sind, während beim Menschen merkwürdigerweise die Zellulose verdauung am besten stattfindet, wenn möglichst wenig Bakterien im Darm vorhanden sind. Die Widersprüche lösen sich wahrscheinlich teilweise durch die Berücksichtigung der Tatsache, daß die Zellulose immer mit anderen Stoffen verbunden vorkommt und demnach auch ganz verschiedenen Wirkungen unterliegt. Soviel ist sicher, daß sie für den Menschen schlechthin unverdaulich ist, wenn sie nicht für den Genuß in geeigneter Weise vorbereitet ist. Deshalb sind alle Arten von rohen Gemüsen, zum Beispiel Radieschen oder Mohrrüben, schwer verdaulich und werden nur zum Teil ausgenutzt. Wie in allen Fällen sind die einzelnen Menschen freilich auch in diesem Punkte nach ihren Fähigkeiten sehr verschieden veranlagt. Manche werden auch Rohgemüse hinreichend vertragen, während andere sogar gekochte Gemüse, zum Beispiel Erbsen, nicht verdauen können.

Geheimrat Schmidt hat den Gründen nachgespürt, auf denen diese Unterschiede beruhen. Sie beginnen bereits bei der Zerkleinerung im Munde, deren gesundheitliche Bedeutung auch bei der Kindererziehung noch viel stärker berücksichtigt werden müßte, als es bisher gewöhnlich geschieht. In zweiter Linie ist die Zusammensetzung und Menge des Magensaftes von großer Bedeutung. Wo in dieser Hinsicht ein Mangel vorliegt, der im allgemeinen mit dem Ausdruck „schlechter Magen" bezeichnet wird, muß ein Gemüse, wenn es als Nahrungsmittel voll zur Geltung kommen soll, nicht allein gekocht, sondern auch noch durchgeschlagen werden, damit die Zellwände bereits vorher eine entsprechende Zerkleinerung erfahren. Am schwersten verdaulich von allen Stoffen, die mit den Gemüsen in eine Gruppe gestellt werden, sind die Pilze. Weil sie außer der Zellulose auch noch das sogenannte Chitin enthalten. Beiläufig sei noch bemerkt, daß die Gewohnheit, einem Gemüse beim Kochen etwas Natron zuzusetzen, die Verdaulichkeit der darin enthaltenen Zellulose nicht verbessert.

Die heutige Zeit kennt vielfach die Rohkostbestrebungen. Große Reklame wird dafür gemacht, daß die Menschen zurück zur Natur kehren möchten, indem sie Gemüse so verzehren, wie sie von der Scholle kommen, eventuell in leicht gedämpftem Zustande. Daß der Nährstoffgehalt den Gemüsen hierdurch in größerem Maßstabe erhalten bleibt, soll nicht bestritten werden, aber dieser Vorteil wird auf der anderen Seite eben gerade wieder dadurch aufgewogen, daß der schwerer zu verarbeitende Zellulosestoff in den Gemüsen in rohem Zustande in weit größerem Maßstabe vorhanden ist.

Hartobstverkauf.

Der diesjährige Anhang an Aepfeln, Birnen und Pflaumen der **Stadtgemeinde Nebra, der Ritter-güter Nebra mit Wippach und Birkigt und des Rittergutes Zingst** soll

Freitag, den 15. Juli 1932, von nachm. 3 Uhr ab

im Ratskeller zu Nebra

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige gesamte Obstnutzung auf den Grundstücken der **Unstrut-Regulierungs-Sozietät** soll in der bisherigen Weise am

Sonnabend, den 23. Juli d. Js., nachmittags 1 Uhr

im **Ratskeller in Artern** zu den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Hälfte des Pachtgeldes ist sofort zu entrichten.

Eine Beschreibung der Obstanlagen ist bei uns erhältlich.

Artern, den 7. Juli 1932.

Unstrut-Regulierungs-Sozietät.

Obst-Verkauf.

Die diesjährige **Hartobstnutzung** der Rittergüter **Bitzenburg, Reinsdorf, Weißenschirmbach, Oberschmon, Kleineichstädt, des Gutes Spielberg und der Grabenmühle** soll

am Mittwoch, dem 13. Juli d. Js.,

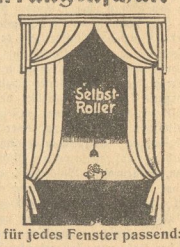
vormittags 10½ Uhr

im **Gasthofe zu Bitzenburg** öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung verkauft werden.

Eine neue Errungenschaft

ist ein

Selbstroller



Er schützt Ihre Gardinen, Möbelbezüge, Tapeten vor bleichend Sonnenstrahl. Der **Selbstroller** verdunkelt das Schlafzimmer und verschafft Nervenruhe und Entspannung. — Der **Selbstroller** ersetzt die Zuggardinen und deren Wäsche. Aus lichtechten Oelluchstoffen hergestellt in Farben creme, grün, blau etc.

Anfertigung nach Maß, für jedes Fenster passend:

Friedrich Krey, Inh.: Emil Krey, Nebra

Die

Geflügel-Börse

Leipzig

die älteste und größte deutsche Geflügel-Zeitung

mit ihren weiteren Fachgebieten:

Taubenzucht — Hundezucht — Kaninchen- und Pelztierzucht — Vogelliebhaberei — Haus-, Hof-, Garten- und Landwirtschaft

erscheint reich illustriert 2mal wöchentlich

Neben ihrer anerkannten Führung auf den von ihr vertretenen Fachgebieten, bietet sie außerdem durch ihre **Unfall- und Sterbegeldversicherung (3000 bezw. 6000 RM. bei Unfall, 75 bezw. 150 RM. bei natürlichem Tode)** eine wesentliche Hilfe bei schweren Schicksalsschlägen

Abonnementspreis pro Monat

Versicherungs-Ausgabe RM. 1,65
Allgemeine Ausgabe RM. 1,40

Probenummern werden auf Wunsch unentgeltlich zugesandt.

Geschäftsstelle der „Geflügel-Börse"
Leipzig 174, Perthesstraße 5.

Kantholz-Listen
Hobeldielen • Stabbretter
Schalbretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Roßleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320712-18/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 83 — Dienstag, den 12. Juli 1932. — 45. Jahrgang

Die Vertragsunterzeichnung

Feierliche Schlußsitzung in Lausanne. — MacDonalds Rede.

Lausanne, 10. Juli.

Nach 23 harten Kampftagen fand in dem großen Kuppelsaale des Hotels Beau Rivage am Sonnabendvormittag die feierliche Schlußsitzung der Reparationskonferenz statt. Wieder füllten, in dichten Reihen gedrängt, die Delegierten, die Presse und ein zahlreiches Publikum den Saal, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Sämtliche Delegationen nahmen der Reihenfolge nach an dem großen viereckigen mit grünem Tuch bedeckten Tisch Platz.

Die Sitzung begann mit einer gleichlautenden Erklärung der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, derzufolge die Regelung der interalliierten Schulden vom Tage des Abschlusses der Konferenz an bis zu der endgültigen Ratifizierung des Lausanner Abkommens hinausgeschoben wird, um diesen Mächten die Möglichkeit zu geben, in der Zwischenzeit eine endgültige Regelung der gesamten Kriegsschulden mit der amerikanischen Regierung herbeizuführen.

Unter lautloser Stille des Saales begann sodann die feierliche Unterzeichnung des

„Aktes von Lausanne"

durch die sechs einladenden Mächte England, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien und Japan. Als erster unterschrieb mit einer goldenen Feder der englische Ministerpräsident MacDonald, dann die weiteren Gläubigermächte und zum Schluß Deutschland, da der Vertrag zwischen den fünf Gläubigermächten auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite abgeschlossen wird.

Um 10.35 Uhr unterzeichnete der Reichskanzler von Papen, der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Namen der deutschen Regierung das Lausanner Abkommen der fünf Gläubigermächte mit Deutschland, in dem das Reparationssystem des Versailler Vertrages und des Youngplanes endgültig beseitigt wird.

Der Lausanner Vertrag enthält eine politische Klausel, die zu finden außerordentlich schwierig war. Es war schwer, in diesen politischen Fragen allen Genüge zu tun. Aber es ist kein Frieden und keine Sicherheit denkbar, ohne den ehrlichen Willen zu freundschaftlicher Zusammenarbeit.

Die entscheidende Frage erhebt sich jetzt, wie in den Genfer Abrüstungsarbeiten in baldiger Zeit ein voller Erfolg erzielt werden kann. Die bisherige Verschwendung der nationalen Reichtümer für die Rüstungen muß endlich aufhören.

Die moralische Abrüstung ist ebenso notwendig wie die materielle Abrüstung. Hierbei handelt es sich nicht nur um England und Frankreich, sondern um alle Mächte, die an diesen Arbeiten teilnehmen.

Die weiteren Arbeiten an der Lösung der großen internationalen Fragen können jedoch nicht allein auf Europa beschränkt werden, sondern müssen im Rahmen der gesamten Weltinteressen gefunden werden. Europa kann sich nicht mehr allein hinter Barrikaden verschließen. Der Zusammenhang der Interessen aller Völker ist heute offensichtlich.

Die Lösung der großen politischen und finanziellen Fragen muß die früheren Gedanken des Krieges verschwinden lassen. An deren Stelle muß jetzt der Gedanke der Zusammenarbeit treten. Für die endgültige Beseitigung der Reparationen ist nunmehr die Grundlage gefunden worden. Aber dieses jetzt erreichte Ziel genügt nicht, wenn sich nicht die Gesinnung der Herzen ändert. Der Geist der Freundschaft und der Zusammenarbeit muß jetzt an die Stelle der bisherigen Geistesverfassung treten."

Der Vertrag von Lausanne

Lausanne, 9. Juli.

Das umfangreiche Vertragswerk von Lausanne ist nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben worden. Es besteht zunächst aus einer allgemeinen geschichtlichen Darstellung der Vorgänge, die zur Einberufung der Konferenz geführt haben.

Der Vertragstext besteht 1. aus dem Reparationsabkommen mit Deutschland, 2. aus den Uebergangsmaßnahmen betreffs Deutschland, 3. den osteuropäischen Reparationen, 4. der wirtschaftlichen Entschließung über Ost- und Mitteleuropa, 5. der Entschließung über die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Das Reparationsabkommen mit Deutschland

beginnt mit einer Präambel, in der die Regierungen von England, Belgien, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Frankreich, Griechenland, Japan, Polen, Portugal, Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien und Deutschland feststellen, daß die Rechtsgültigkeit der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 nicht zur Verhandlung stehe, jedoch im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Krisen und Schwierigkeiten und, von dem Wunsche geleitet, das notwendige Vertrauen für die normalen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu sichern, die unterzeichneten Mächte ein Uebereinkommen getroffen haben, das im wesentlichen folgendes besagt:

„Die unterzeichneten Staaten des gegenwärtigen Abkommens sind in Lausanne zusammengetreten, um eines der Probleme des Weltkrieges mit dem ehrlichen Wunsche zu regeln, zur Bildung einer neuen Ordnung beizutragen, die die Schaffung und Entwicklung des Vertrauens zwischen den Völkern im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit fördert. Die Mächte sind nicht der Ansicht, daß das in Lausanne geschaffene Werk, das vollständig den Reparationen ein Ende bereitet, genügt, um den Frieden zu erreichen, den die Völker wünschen. Jedoch hoffen sie, daß diese Erkenntnisse in sich selbst so bedeutend sind und so große Bemühungen notwendig gemacht haben, daß sie von allen friedliebenden Elementen Europas und der Welt verstanden und richtig geschätzt werden und daß neue Werke folgen werden. Diese Taten werden um so leichter durchzuführen sein, als die Völker diesen neuen Schritt zu einem wahren Frieden unterstützen, der, um vollständig zu sein, sich gleichmäßig auf die wirtschaftliche und politische Ordnung beziehen muß, wie sie auch jeden Appell zu Gewalt oder zu den Waffen zurückweisen. Die Unterzeichnermächte des gegenwärtigen Abkommens werden sich daher bemühen, die gegenwärtig gestellten Probleme oder diejenigen Probleme, die später gestellt werden, in dem gleichen Geiste zu lösen, der dieses Abkommen beseelt."

Das Lausanner Abkommen besagt im wesentlichen:

Die deutsche Regierung übergibt der BIZ. die Schuldverschreibungen der deutschen Regierung zu 5 v. H. für einen Gesamtbetrag von drei Milliarden Goldmark auf der Grundlage der gegenwärtigen Währung unter folgenden Bedingungen: Die BIZ. übernimmt die Schuldverschreibungen als Treuhänderin. Die Schuldverschreibungen können von der BIZ. erst nach Ablauf einer Periode von drei Jahren von dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens begeben werden. 15 Jahre (12 Jahre nach der Sperrfrist) nach der Unterzeichnung werden diejenigen Schuldverschreibungen, die bisher von der BIZ. nicht untergebracht sind, annulliert.

Die Schuldverschreibungen tragen einen Zinssatz von 5 v. H. und 1 v. H. Amortisierung vom Datum der Emission ab. Sie sind von allen gegenwärtigen und künftigen deutschen Steuern befreit.

Im Falle, daß irgendwelche Anleihen von der deutschen Regierung im Auslande mit oder ohne ihre Garantie aufgelegt werden, wird die deutsche Regierung bis zu einer Höhe von einem Drittel das Nettoeinkommen dieser Anleihen zum Rückkauf der im Besitz der BIZ. befindlichen Schuldverschreibungen verwenden. Die Höhe des Rückkaufes muß derart sein, daß der Nettobetrag der zurückgekauften Schuldverschreibungen der gleiche ist wie der Nettobetrag der gegebenen Anleihe. Durch diese Bestimmungen werden jedoch nicht Vorschüsse berührt, die für die gleiche Zeit oder weniger als ein Jahr gegeben werden.

Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an beendet und ersetzt das vorliegende Abkommen das Reparationssystem des Haager Abkommens vom 20. Januar 1930, des Londoner Abkommens vom 11. August 1931 und des Berliner Abkommens vom 6. Juni 1932. Die Verpflichtungen dieses vorliegenden Abkommens ersetzen vollständig die vorhergehenden Verpflichtungen Deutschlands, die in den Jahreszahlungen des „Neuen Planes" zusammengefaßt waren.

Artikel V besagt: Das Schuldzertifikat der deutschen Regierung und das Zertifikat der Reichsbahngesellschaft, die beide in Artikel 8 des Haager Abkommens und der Anlage 3 und 4 behandelt sind sowie in den hierin beigefügten Koupons, werden entsprechend der deutschen Regierung und der Reichsbahngesellschaft zurückerstattet.

Die Signatarstaaten erklären im Artikel VII, daß nichts in dem gegenwärtigen Abkommen herabsetzt oder ändert die Rechte der Inhaber der Obligationen der auswärtigen deutschen Anleihe von 1924 oder der internationalen 5½prozentigen Anleihe der deutschen Regierung (Dawes-Anleihe und Young-Anleihe). Jede notwendige Aeußerung des Verfahrens aus den Verpflichtungen der deutschen Regierung, die die Auslandsanleihe von 1924 und die internationale 5½prozentige Anleihe der deutschen Regierung von 1930 betreffen, wird Gegenstand eines Abkommens zwischen der deutschen Regierung und der BIZ. sein. Die BIZ. ist hierbei der Finanzagent und Treuhänder der deutschen Auslandsanleihe von 1924 und Treuhänder der 5½prozentigen internationalen Anleihe der deutschen Regierung.

Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an wird nach Artikel VII das Abkommen durch Vermittlung der französischen Regierung der BIZ. notifiziert werden, um damit die Anwendung der darin vorgesehenen Bestimmungen, soweit sie die BIZ. betreffen, zu ermöglichen. Die französische Regierung wird gleichfalls der BIZ. im Hinblick auf deren Statuten notifizieren, daß der „Neue Plan" außer Kraft getreten ist.

Jede Meinungsverschiedenheit, sei es zwischen den Signatarmächten des gegenwärtigen Abkommens, sei es zwischen einem oder mehreren unter ihnen einerseits und der BIZ. andererseits, wird Gegenstand einer Auslegung oder einer Anwendung des gegenwärtigen Abkommens durch ein Schiedsgericht sein, das auf der Grundlage des Artikels 4 des Haager Abkommens in Deutschland gebildet wird. Jegliche hierfür geeigneten Bestimmungen des Anhanges 12 dieses Abkommens werden hierbei angewandt.

Das gegenwärtige Abkommen, dessen französischer und englischer Text gleichmäßig Gesetzeskraft hat, wird nach Artikel X ratifiziert. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden erfolgt in Paris. Sobald das gegenwärtige Abkommen von den Regierungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands, Irlands, Italiens und Japans ratifiziert ist, tritt es zwischen den Regierungen in Kraft.

Unterzeichnet ist das Abkommen in Lausanne, den 9. Juli 1932, auf einem einzigen Exemplar, das in dem Archiv der Französischen Republik niedergelegt wird, die ihrerseits eine beglaubigte Kopie sämtlichen übrigen Signatarstaaten übermittelt.

Der Weg zur Freiheit

Kanzlerrede über Lausanne. — Deutschland ab Juli von Reparationen befreit. — Souveränität über Reichsbank und Reichsbahn zurückgewonnen.

Lausanne, 9. Juli.

Reichskanzler von Papen sprach am Freitagabend im Rundfunk über das Ergebnis der Lausanner Konferenz. Er führte im wesentlichen aus:

In dieser historischen Stunde ist für Parteipolitik kein Raum, denn je größer das zu behandelnde Problem ist, um so freier und um so höher muß der Standpunkt sein, von dem aus man an die Lösung einer schweren Aufgabe herantritt. In Lausanne ging es um nicht mehr und nicht weniger als um das Schicksal des deutschen Volkes und mit ihm um die Zukunft der abendländischen Welt. Ich habe gearbeitet im festen Bewußtsein eines geschlossenen und starken Willens der deutschen Einheit, in dem Bewußtsein, Führer meines Volkes zu sein, das um seine wirtschaftliche und nationale Freiheit einen siegreichen Kampf zu führen hatte.

Unsere Aufgabe war, die Vergangenheit zu liquidieren und für die Zukunft das deutsche Volk von dem ungeheuren Druck zu befreien, der jede wirtschaftliche Tätigkeit lähmte und einen Kampf aller gegen alle zu beenden. Es galt, die Lebensgrundlagen zu schaffen, die der Nation den kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichten. Die Welt war sich seit langem darüber klargeworden, daß jeder konstruktive Gedanke für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen unter den Völkern Europas und der Welt so lange nicht zu verwirklichen sein würde, solange irgendwelche destruktiven Formen fortbeständen.

Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt erforderte die restlose Beseitigung der Reparationszahlungen. Darüber hinaus galt es aber auch, einen Weg zu suchen, der das Vertrauen der Völker auch von den Schlacken befreite, die in ihren Folgen schwere und unerträgliche wirtschaftliche Lasten für Deutschland bedeuteten. Für die Wiederherstellung eines solchen Vertrauens in der weitesten Form waren wir bereit, eine allerletzte Kraftanstrengung zu machen.

Für diese Ziele haben wir über drei Wochen lang schwer gekämpft, wir sind hart und unnachgiebig geblieben, weil wir die große Not in Deutschland kannten, weil wir von dem bangen Hoffen so vieler Arbeitsloser wußten, weil wir die Verantwortung fühlten für die 65 Millionen Menschen und weil wir uns darüber klar waren, daß jedes Abweichen von unserer Linie Deutschland und die Welt nur noch tiefer in [illegible] ne zu überstehen. Die Folgen eines [illegible] eine völlige und [illegible] rauens in den ge- [illegible] . Diese Folgen [illegible] daß immer wieder [illegible] ißten.

[illegible] habe ich das Be- [illegible] n Regierung aus- [illegible] en des gesamten [illegible] chen hat uns die [illegible] unser Ziel zu ver- [illegible] nner Ergebnisses [illegible] eines möglichen [illegible]

[illegible] den Aufschwung in [illegible] s bestand die Ge- [illegible] schen Wirtschafts- [illegible] it mit allen ihren [illegible] n Folgen für das [illegible] e Gemeinden. Die [illegible] politischen Schwie- [illegible] grund stoßen und [illegible] e wieder um uns [illegible]

[illegible] nentwegt auf das [illegible] Lausanner Kon- [illegible] ebnis, das mit der [illegible] nds im Einklang [illegible]

Nach wochenlangem harten Ringen hat Deutschland auf der Lausanner Konferenz sein Ziel, die restlose Beseitigung der Reparationen, erreicht. Mit dem Abkommen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab die Regierungsschuld aus dem Youngplan in Höhe von zirka 35 Milliarden Reichsmark gefallen. Das bedeutet die Beseitigung einer auf 57 Jahre sich erstreckenden jährlichen Zahlung, wovon auf die ersten 35 Jahre jährlich rund zwei Milliarden entfallen. Keinerlei Reparationszahlung irgendwelcher Art und Form ist in Zukunft mehr zu leisten.

Deutschland hat die entsprechend dem Hoover-Moratorium übernommene Nachzahlungsverpflichtung bei der Gesamtregelung mit in Anlaß bringen müssen. Diese Verpflichtung wird aber nicht etwa in festen Jahresraten gezahlt, sondern durch besondere Reichsschuldverschreibungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320712-18/fragment/page=0005